

## A-09 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 17.10.2025  
Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

### Antragstext

- 1 Vor achtzig Jahren gab sich die Staatengemeinschaft ein Versprechen: gemeinsam
- 2 für eine Welt einzustehen, in der Kooperation stärker ist als Krieg und
- 3 Konkurrenz. In Europa sehen wir jeden Tag, dass sich dieser Einsatz lohnt. Einst
- 4 trennten uns Frontlinien, Stacheldraht und Mauern. Heute verbinden uns das
- 5 gemeinsame Bekenntnis zu Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.
- 6 Die Europäische Union ist bis heute Garantin für diese Werte und Basis für
- 7 unseren wirtschaftlichen Erfolg. Als erfolgreichstes Friedensprojekt seit dem
- 8 Zweiten Weltkrieg hat die EU eine Strahlkraft weit über die Grenzen Europas
- 9 hinaus. Sie zeigt, dass sich der Einsatz für das Völkerrecht, für Frieden und
- 10 Kooperation lohnt.
- 11 Diese Errungenschaften werden heute auf eine harte Probe gestellt. Wir erleben
- 12 eine massive Erschütterung des internationalen Systems. Weltweit sind
- 13 nationalistische Bewegungen und autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch. Diese
- 14 autoritären Kräfte gewinnen nicht nur in ihren Ländern immer stärker an Macht,
- 15 sondern vernetzen sich auch international und üben über gezielte Desinformation
- 16 und Propaganda zunehmend Einfluss auf unsere Demokratien aus. Sie eint ein
- 17 gemeinsames Interesse: Gewalt soll wieder zum normalen Mittel der
- 18 internationalen Politik werden. Sie führen Kriege, destabilisieren Demokratien
- 19 und multilaterale Organisationen. Sie wollen eine auf Recht und Kooperation
- 20 beruhende Weltordnung überwinden, die sie in der Ausdehnung ihrer Macht
- 21 beschränkt. Stattdessen wollen sie, dass wieder das Recht des Skrupelloseren,
- 22 Nullsummen- und imperiale Logiken gelten, und Demokratie und Freiheit der
- 23 Vergangenheit angehören.
- 24 Diese Entwicklung verschont auch unsere engsten Verbündeten nicht. Wir sehen mit
- 25 Sorge in den USA, dass die Demokratie Schritt für Schritt nach dem Drehbuch der
- 26 autoritären Kräfte beschnitten wird. Präsident Donald Trump treibt im
- 27 Rekordtempo einen autoritären Staatsumbau voran: Oppositionelle,
- 28 Zivilgesellschaft, Medien und Universitäten werden massiv unter Druck gesetzt.
- 29 Die Rechte von Frauen sowie LSBTIQ-Personen, Migrant\*innen und Minderheiten
- 30 werden eingeschränkt, der Rechtsstaat angegriffen und soziale Ungleichheiten
- 31 verschärft. Den Angriff auf den Rechtsstaat im eigenen Land setzt Trump auf
- 32 internationaler Ebene fort: Statt auf das Völkerrecht setzt er auf die
- 33 Erpressung und Deals mit Autokraten. Bündnisse und Allianzen werden immer wieder
- 34 in Frage gestellt. Die Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID hat
- 35 verheerende weltweite Auswirkungen. Einige der reichsten Männer der Welt um
- 36 Donald Trump ziehen ihre größte Genugtuung daraus, den Ärmsten der Welt das
- 37 Wenige zu nehmen, was sie haben. Während weltweit an humanitärer Hilfe und
- 38 Entwicklungszusammenarbeit gekürzt wird, eskaliert die humanitäre Krise im
- 39 Sudan. Das unermessliche Leid der Menschen ist nur ein besonders gravierendes
- 40 Beispiel der vielen vergessenen Krisen. Es ist nicht nur Teil unseres

41 Selbstverständnisses, sondern auch in unserem ureigenen Interesse dort nicht  
42 wegzusehen, sondern Leid zu lindern.

43 Für uns als Menschenrechtspartei gilt: Die universellen Menschenrechte sind  
44 unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen. Sie zu schützen und  
45 wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung. Gerade in  
46 unfriedlichen Zeiten, in denen Autokraten und Rechtspopulisten weltweit die  
47 Rechte von Frauen und benachteiligten Gruppen angreifen braucht es  
48 entschlossenen Einsatz dafür, dass Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller  
49 Orientierung und Herkunft gleichberechtigt und friedlich leben können. Dafür  
50 braucht es eine Außenpolitik, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht,  
51 für ihre Durchsetzung arbeitet, feministisch denkt und handelt. Die Deklaration  
52 der universellen Menschenrechte und ihre Umsetzung überall bleiben unser  
53 Handlungsziel.

54 Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Menschenrechte sind laut UN Charta  
55 die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den  
56 Nationen. Wenn ein Land innerhalb seiner Grenzen mit sich in Frieden ist, wenn  
57 grundlegende Rechte respektiert werden und es keine gewaltvolle strukturelle  
58 Unterdrückung seiner Bürger gibt, ist die Chance höher, dass es auch nach Außen  
59 nicht als Aggressor auftritt.

60 Für uns als Friedenspartei gilt: Frieden basiert auf der Einhaltung des  
61 Völkerrechts. Das Völkerrecht schützt uns alle vor Gewalt und Willkür - und  
62 bildet die Grundlage für Verständigung und Kooperation. Wenn nationale Grenzen  
63 und das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet und stattdessen imperiale  
64 Logiken zum Leitprinzip werden, stellen wir Grüne uns an die Seite der  
65 Angegriffenen und gegen die Aggressoren. Das Völkerrecht schützt die  
66 Souveränität der Ukraine, das Existenzrecht Israels und das  
67 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Wer diese Rechte bestreitet, verletzt  
68 die Grundpfeiler des Völkerrechts und schwächt eine gerechte, regelbasierte  
69 Weltordnung. Die Vereinten Nationen und die internationale Strafgerichtsbarkeit  
70 sind tragende Säulen dieser Weltordnung. Wer versucht, sie zu sabotieren oder zu  
71 delegitimieren, bedroht Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand  
72 weltweit. Das erschwert zugleich die Suche nach Lösungen für globale  
73 Menschheitsfragen wie die Klimakrise.

74 Abhängigkeiten verringern, bestehende Partnerschaften stärken, neue aufbauen

75 Deutschlands Antwort auf diese massiven Verschiebungen muss konsequentes  
76 europäisches Handeln sein. Als größter Mitgliedstaat muss die Bundesregierung  
77 dabei eine Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen - nicht mit leeren  
78 Ankündigungen, sondern mit mutigem Handeln. Wenn wir in einer rauen Weltlage  
79 nicht zum Spielball werden wollen, brauchen wir das Gewicht und die Fähigkeiten  
80 der Europäischen Union.

81 Europa darf sich nicht länger erpressbar machen, sondern muss kritische  
82 Abhängigkeiten überwinden und in die eigene Unabhängigkeit investieren. Die  
83 Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat die Zeichen der Zeit  
84 erkannt. Doch gute Ideen brauchen Unterstützung aus den Mitgliedstaaten. Leider  
85 zögert und zaudert Deutschland auch unter Friedrich Merz: Die Bundesregierung  
86 steckt der EU Stöcke zwischen die Speichen. Sie schadet damit Deutschland. Denn  
87 wer vermeintliche nationale Interessen über die europäische Einigkeit stellt,  
88 schadet damit vor allem sich selbst.

89 Dazu zählt: Deutschland und Europa müssen Verantwortung für die eigene  
90 Sicherheit übernehmen. Die NATO ist und bleibt in entscheidender Rolle für den  
91 Schutz der Sicherheit auf unserem Kontinent; ihren europäischen Pfeiler gilt es  
92 weiter zu stärken.

93 Vor allem muss Deutschland die neuen Pläne der EU Kommission zur europäischen  
94 Verteidigungsfähigkeit unterstützen und effektiv europäische  
95 Rüstungskoperationen, und gerade die deutsch-französischen, vorantreiben. Aber  
96 Souveränität ist mehr als nur militärische Stärke. Deutschland muss seine  
97 wirtschaftliche und technologische Souveränität erhöhen, indem strategische  
98 Industrien und Innovation in Europa gesichert und ausgebaut werden. Dazu gehören  
99 vor allem Technologien wie KI, Cloudlösungen, Chip-Herstellung, Quantencomputer,  
100 Satellitenbau sowie Cyber- und IT-Sicherheitsinfrastrukturen. Regierungen und  
101 Verwaltungen sollten in der Regel nur europäische Technologien nutzen. Das Land  
102 Schleswig-Holstein geht hier vorbildlich voran.  
103 Auch Deutschlands und Europas Abhängigkeiten von China müssen verringert werden.  
104 Insbesondere die europäische Abhängigkeit von China im Rohstoffbereich führt zu  
105 einer Erpressbarkeit. Deutschland muss dem entgegenwirken. Der Rohstofffonds,  
106 den wir in Regierungsverantwortung noch in der letzten Legislaturperiode  
107 aufgesetzt haben, setzt genau dort an. Er trägt einen Teil dazu bei,  
108 unabhängiger von chinesischen Rohstoffen zu werden und orientiert sich an  
109 menschenrechtlichen und ökologischen Standards. Darüber hinaus kann Deutschland  
110 durch stärkere Kreislaufwirtschaft und Recycling von Rohstoffen wirtschaftliche  
111 und ökologische Chancen heben. Gleichzeitig müssen wir in Europa jene Hebel  
112 nutzen, die wir gegenüber China haben. Das beinhaltet auch die Bereitschaft, wo  
113 nötig Gegenmaßnahmen - wie Ausfuhrbeschränkungen, Investitionsbeschränkungen  
114 oder Zollmaßnahmen - zu ergreifen, wie sie im EU-Instrument gegen  
115 Zwangsmaßnahmen durch Drittländer vorgesehen sind.

116 Auch Energieabhängigkeiten von einzelnen Ländern gilt es zu verringern, und  
117 nicht zu vergrößern. Wir dürfen nicht Putins Gas mit Trumps Gas ersetzen. Sonst  
118 verpassen wir die Chance, mit neuer, klimaneutraler Technik unabhängiger und  
119 sicherer zu werden. Vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen die  
120 Zusicherung der EU-Kommission, als Teil des Handelsdeals mit den USA 750  
121 Milliarden Dollar in Fossile aus den USA zuzüglich Infrastruktur zu investieren:  
122 Tanker statt Turbinen, Fracking statt Photovoltaik, Brennstoffe statt Batterien.  
123 Das wäre eine gefährliche Rückentwicklung und eine weitere Verstrickung in  
124 schmutzige Technologien von gestern statt Investitionen in saubere Technologien  
125 von morgen. Statt uns in neue Abhängigkeiten zu begeben, gilt es jetzt den  
126 Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden fortzusetzen. Eine Rückkehr zu  
127 Nordstream 2 – egal ob in rein russischer Hand oder mit Trumpschem Intermediär –  
128 muss verhindert werden.

129 Die Angriffe auf das multilaterale System stellen für viele Menschen weltweit  
130 eine Bedrohung dar. Deutschland kann ihnen nur im Rahmen einer starken und  
131 handlungsfähigen EU und gemeinsam mit anderen Partnern entgegentreten. Dafür  
132 muss die Bundesregierung bereits bestehenden Partnerschaften wie die mit dem  
133 Vereinigten Königreich, Kanada, Japan, Südkorea und Australien ausbauen.  
134 Zugleich muss sie neue Partnerschaften und Kooperationen, besonders mit Ländern  
135 im Globalen Süden, aufbauen. Neue und verstärkte Partnerschaften im Indopazifik  
136 sind eine Möglichkeit, Allianzen zu bilden, einseitige Abhängigkeiten zu  
137 reduzieren und technologische Entwicklungen zu beschleunigen. Ein besonderer  
138 Schwerpunkt muss dabei in Sicherung der fairen Handelsbeziehungen, sowie auf der

139 Bekämpfung der Klimakrise liegen. Es gilt, Mitstreiter\*innen für die Maßnahmen  
140 zum weltweiten Ausstieg aus fossilen Energien, entschiedenen Ausbau von  
141 erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz zu gewinnen und  
142 Partnerschaften zu stärken.

143 Wir verlieren die unterschiedlichen Krisen und Konflikte in der Welt nicht aus  
144 dem Blick. Wir sehen die Verknüpfungen zwischen diesen Krisen und wollen  
145 gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens Antworten auf die  
146 Herausforderungen finden.

147 Der Rückzug der USA aus der Finanzierung für Entwicklungshilfe und humanitäre  
148 Hilfe hat eine enorme Lücke gerissen. Autokratische Staaten wie Russland und  
149 China stehen bereit, das Vakuum zu füllen. Gerade jetzt muss Deutschland seiner  
150 Verantwortung in der Welt gerecht werden und sein internationales Engagement  
151 ausbauen – statt sich wie die Bundesregierung zurückzuziehen. Wer jetzt die  
152 Entwicklungsfinanzierung kürzt, setzt Menschenleben weltweit aufs Spiel. Er  
153 verpasst die Chance, weltweit Partnerschaften aufzubauen und Einfluss zu  
154 gewinnen.

155 Trotz alldem bleiben die transatlantischen Beziehungen für uns von größter  
156 Bedeutung. Gerade in Zeiten von Trump muss Deutschland Gesprächskanäle und  
157 Kooperationen mit den demokratischen Kräften in Politik, Zivilgesellschaft,  
158 Medien, Universitäten und Wirtschaft der USA aufrechterhalten und weiter  
159 ausbauen, gerade auch auf der Ebene der Bundesstaaten. So lassen wir den  
160 transatlantischen Geist von unten neu wachsen und erblühen.

161 Ukraine: Frieden und Sicherheit wiederherstellen und bewahren

162 Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine mit unfassbarer  
163 Brutalität gegen die Zivilbevölkerung nunmehr im vierten Winter. Die  
164 Ukrainer\*innen verteidigen nicht nur ihr Territorium, sie verteidigen auch das  
165 Recht in Freiheit, Frieden und Würde leben zu können – für sich und für uns –  
166 als Europäerinnen und Europäer. Putins Krieg richtet sich nicht zuletzt gegen  
167 eine auf dem Völkerrecht und Kooperation basierende multilaterale Ordnung. Er  
168 führt einen hybriden Krieg gegen die gesamte Europäische Union samt ihrer  
169 Beitrittskandidaten und bereitet sich auf einen konventionellen Krieg gegen  
170 Frieden und Freiheit in ganz Europa vor.

171 Putins Aggression wird zunehmend zu einem Schlachtfeld der neuen Technologien.  
172 Das russische Drohnenprogramm prägt immer mehr die brutale Kriegsführung des  
173 Kremls. Gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur wie Energie-, Wasser- und  
174 Wärmeversorgung sowie auf Wohngebiete bestimmen den Alltag in der Ukraine. Der  
175 konstante Beschuss mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern soll die  
176 Bevölkerung mürbe machen. Die gezielte Zerstörung von Strom- und Wärmeversorgung  
177 hat das Ziel, die Menschen im Winter frieren zu lassen. Die russische  
178 Kriegsführung zeigt, wie der Terror gegen die Ukraine funktioniert - und sie  
179 zeigt auch unsere eigenen Verwundbarkeiten.

180 Putins imperiales Machtstreben endet nicht an der Grenze der Ukraine – er führt  
181 einen Krieg gegen das freie Europa. Immer wieder verletzen die russischen  
182 Luftstreitkräfte den Luftraum europäischer Staaten, unter anderem auch  
183 Deutschlands. Zunehmend dringen Drohnen in den europäischen Luftraum ein und  
184 überfliegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur – auch bei uns in  
185 Deutschland. Sabotageakte wie Cyberattacken auf IT-Infrastruktur, Brandsätze in

186 der Luftfracht oder Angriffe auf Datenkabel in der Ostsee gehören zur neuen  
187 Realität. Es wird systematisch Einfluss auf Wahlen genommen und Desinformation  
188 verbreitet. All das ist Teil der Angriffe Russlands auf unsere  
189 gesellschaftlichen Lebensadern.

190 Wir stehen weiterhin in voller Solidarität an der Seite der Ukrainer\*innen und  
191 ihrem Kampf um Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Der Krieg  
192 wird erst enden, wenn Russland spürt, dass es scheitern wird. Die Ukraine muss  
193 sich weiter verteidigen können und für den Fall von Friedensverhandlungen eine  
194 starke Position sicherstellen können. Dabei muss immer gelten: „Nichts über die  
195 Ukraine, ohne die Ukraine. Das Recht auf freie Bündniswahl gilt  
196 selbstverständlich auch für die Ukraine. Wir setzen uns dafür ein, den EU-  
197 Beitrittsprozess so schnell wie möglich zu beginnen und unterstützen die  
198 Reformagenda konsequent. Wir stehen zur NATO-Beitrittsperspektive als robuste  
199 Absicherung eines Friedens und Stärkung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit.

200 Mit der Reform der Schuldenbremse haben wir der Bundesregierung neue finanzielle  
201 Spielräume ermöglicht. Dennoch setzt die schwarz-rote Koalition ausgerechnet bei  
202 der Ukraine-Unterstützung den Rotstift an. Deutschland muss die Militärhilfe für  
203 die Ukraine aufstocken und sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und  
204 finanziell stärker unterstützen. Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür  
205 sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen dafür eingesetzt werden  
206 können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem Tisch –  
207 es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch Risiken. Aber  
208 die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.

209 Um den Druck auf Russland zu erhöhen, braucht es eine massive Verschärfung der  
210 Sanktionen. Es ist untragbar, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer mit  
211 dem Kauf von russischem Öl und Gas täglich Millionen in Putins Kriegskasse  
212 spülen. Auch andere Importe von Rohstoffen müssen beendet werden. Gemeinsam mit  
213 unseren Partnern gilt es auch andere Staaten zur Beendigung von  
214 kriegsfinanzierenden Importen aus Russland zu bewegen. Es braucht endlich ein  
215 entschiedenes Handeln gegen die russische Schattenflotte.

216 Deutschland muss eine echte Sicherheitsoffensive gegen hybride Bedrohungen  
217 umsetzen, die bewusst die Urheberschaft von Angriffen verschleiern und die  
218 Bevölkerung verunsichern sollen. Wir fordern, dass der Schutz unserer kritischen  
219 Infrastrukturen - als zentraler Baustein für ein krisenfestes Land - stärker in  
220 den Blick genommen wird. Dazu zählen zum Beispiel die Energieversorgung, die  
221 Kommunikation, der Verkehrsbereich oder das Gesundheitswesen. Dazu gehört ein  
222 tagesaktuelles Gesamtlagebild zu Angriffen und Spionagetätigkeiten, die zügige  
223 Umsetzung der EU-Richtlinien zum einheitlichen Schutz unserer kritischen  
224 Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in unsere  
225 Sicherheitsbehörden. Dabei müssen wir die Erfahrungen der Ukrainer\*innen nutzen.  
226 Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Stärkung des Zivil- und  
227 Bevölkerungsschutz, der Nachrichtendienste, den Schutz der  
228 informationstechnischen Systeme und die Hilfe für völkerrechtswidrig  
229 angegriffene Staaten im Rahmen der Verhandlungen über das Sondervermögen als  
230 Teil der Verteidigungsausgaben verankert - jetzt muss die Bundesregierung  
231 liefern.

232 Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die  
233 Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die

234 Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir  
235 uns nicht verteidigen müssen. Für den nötigen Ausbau der europäischen  
236 Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zu lernen, gerade bei der  
237 Drohnenabwehr. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge tragen, gemeinsame  
238 Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen Verteidigungsindustrie zu  
239 etablieren.

240 Für den Schutz von Frieden in Freiheit in Europa müssen die NATO und die EU  
241 handlungsfähig bleiben. Dafür wollen wir innerhalb der EU das Veto-Recht  
242 reformieren - und Einstimmigkeitsprinzip abschaffen. Da dies aktuell in weiter  
243 Ferne liegt, geht es darum, die Handlungsfähigkeit durch Koalitionen der  
244 Freiheitsverteidiger zu erhöhen. Das bedeutet eine enge Kooperation von  
245 entschlossenen EU-Staaten mit Ländern wie Norwegen und dem Vereinigten  
246 Königreich. Dabei muss Deutschland auch stärker mit den nordischen und  
247 baltischen Staaten kooperieren und von ihnen lernen. Wir brauchen neue Formate  
248 der politischen Zusammenarbeit, die alle relevanten Länder einbeziehen und es  
249 ermöglichen, europäische Sicherheitsinteressen zu diskutieren und gemeinsame  
250 Entscheidungen voranzutreiben. Ein Format wäre ein Europäischer Sicherheitsrat,  
251 der zunächst beratend für die EU und NATO agieren und langfristig auch zur  
252 Umsetzung von gemeinsamen Entscheidungen genutzt werden kann.

#### 253 Frieden in Nahost

254 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die  
255 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem  
256 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns  
257 unverhandelbar. Unsere Verantwortung für die Sicherheit und das Existenzrechts  
258 Israels als Teil deutscher Staatsräson heißt, Bedrohungen zu erkennen und die  
259 Sicherheit israelischer Bürgerinnen und Bürger zu einer Grundlage unseres  
260 Handelns zu machen. Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht sich gegen  
261 Angriffe zu verteidigen und auch die anerkannte Pflicht, seine Bürgerinnen und  
262 Bürger im Rahmen des Völkerrechts zu schützen. Die anhaltende Bedrohung des  
263 Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror gegen seine Bevölkerung  
264 verurteilen wir.

265 Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung für das Völkerrecht,  
266 die Würde jedes Menschen und die allgemeinen Menschenrechte. Nur wenn  
267 Deutschland und die EU sich auch im Nahen Osten nachdrücklich für sie einsetzen,  
268 wird unser weltweites Bemühen um eine regelbasierte internationale Ordnung  
269 glaubwürdig sein. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die  
270 von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung  
271 geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem  
272 Waffenstillstand kommt.

273 Die Sicherheit der Palästinenserinnen und Palästinenser und ihre Menschenrechte  
274 sind zu schützen, ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen und ihr Schutz  
275 vor willkürlicher Gewalt zu gewährleisten, sei es durch israelische Siedler und  
276 Sicherheitskräfte, sei es durch Hamas oder anderen islamistischen Terror.

277 Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas mit unfassbarer Gewalt und Brutalität einen  
278 Terroranschlag auf Israel verübt. Mehr als 1.200 Menschen wurden von der Hamas  
279 ermordet, begleitet von unsäglichem sexualisierter Gewalt, 251 Menschen wurden  
280 verschleppt. Familien, Kinder, Jugendliche, die auf einem Festival tanzten,  
281 wurden auf grausame Weise umgebracht. Es war der schlimmste Angriff auf

282 jüdisches Leben seit der Shoah, ein Angriff auf das Existenzrecht Israels und  
283 auf die gesamte israelische Gesellschaft. Er hat die Menschen in Israel zutiefst  
284 traumatisiert. Unsere tiefe Solidarität gilt den Opfern und ihren Familien. Wir  
285 blicken mit tiefer Anteilnahme auf diesen Tag und auf das Leid, dass der  
286 Terroranschlag der Hamas bis heute verursacht.

287 Seit dem 7. Oktober hat der Antisemitismus weltweit eine starke Zunahme erfahren  
288 und nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Der Schutz jüdischen Lebens in  
289 Deutschland und weltweit ist für uns eine Verpflichtung. Wir gehen entschlossen  
290 gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft vor- egal von wem  
291 er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können.

292 Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den  
293 Iran nach dem 7. Oktober haben zu weiteren Todesopfern geführt, haben Menschen  
294 aus ihrer Heimat vertrieben. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und  
295 Anschläge dieser Akteure. Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und  
296 andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel  
297 vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht Israels. Das werden wir nie  
298 akzeptieren.

299 Den auf die Terroranschläge vom 7. Oktober folgende Krieg hat die Hamas in ihrer  
300 Skrupellosigkeit provoziert. Die völkerrechtswidrige Kriegsführung der  
301 israelischen Regierung in Gaza ist dadurch aber nicht zu rechtfertigen und hat  
302 im Laufe des Krieges unermessliches Leid für Palästinenserinnen und  
303 Palästinenser verursacht: Mindestens 60.000 Tote, hunderttausende Verletzte,  
304 zerstörte Städte – 80 Prozent der Bausubstanz in Trümmern – massenhafte  
305 Vertreibung, eine Generation ohne Zukunft. Das Leid der Menschen in Gaza erfüllt  
306 uns mit großem Schmerz. Auch in Deutschland leben viele Menschen die dort  
307 Angehörige haben, ihre Sorge und Trauer gehören zu unserem Land und teilen wir.

308 Die Blockade humanitärer Hilfe durch die israelische Regierung und das  
309 Aushungern der Zivilbevölkerung war ein schwerer Bruch des humanitären  
310 Völkerrechts und hat zu einer von den Vereinten Nationen bestätigten Hungersnot  
311 geführt. Kriegsverbrechen wie Angriffe auf Zivilist\*innen und zivile  
312 Infrastruktur, humanitäre Helfer und Journalist\*innen sind durch die Vereinten  
313 Nationen und NGOs in Gaza dokumentiert. Unabhängige Presseberichterstattung  
314 wurde durch die Einschränkungen für Journalist\*innen erheblich erschwert.

315 Zugleich haben die oft von der Regierung unterstützte Siedlergewalt, der  
316 illegale Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen und  
317 Annektionspläne im Westjordanland massiv zugenommen. Die palästinensische  
318 Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von Steuer- und Zolleinnahmen  
319 an den Rand des Bankrotts gebracht. Wir verurteilen dieses Vorgehen der in  
320 Teilen rechtsextremen Regierung Netanjahu und halten es für falsch, dass  
321 Premierminister Netanyahu seit Jahren die Politik betreibt, einen  
322 palästinensischen Staat unmöglich zu machen. Wir halten fest an der Herrschaft  
323 des Rechts.

324 Heute, fast zwei Jahre nach Beginn der Eskalation, gibt es Hoffnung auf ein Ende  
325 des Krieges und Frieden. Die Friedensgespräche in Ägypten haben zur Freilassung  
326 der Geiseln und einem Waffenstillstand in Gaza geführt. Nach zwei Jahren in den  
327 Händen der Hamas konnten die noch lebenden Geiseln endlich zurück zu ihren  
328 Familien. Hunderttausende Menschen in Gaza können endlich auf ein Ende der  
329 Angriffe und der humanitären Notlage hoffen. Diese Freude und Erleichterung

330 teilen wir. Und es war ein Tag der Trauer über die verstorbenen Geiseln, von  
331 denen bis heute nicht alle an ihre Angehörigen überführt wurden. Wir teilen den  
332 Schmerz der Menschen in Gaza, die ihre Angehörigen nur noch unter den Trümmern  
333 bergen können. Im Rahmen des Friedensprozesses muss jetzt alles getan werden,  
334 damit das Schweigen der Waffen Bestand hat.

335 Als nächstes braucht es die Entwaffnung der Hamas, die Absicherung Gazas durch  
336 eine internationale Truppe, den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie  
337 der Übergabe der Verantwortung an die Palästinenser. Dabei bleiben folgende  
338 Grundsätze für uns leitend: Von Gaza darf künftig keine Gefahr mehr für Israels  
339 Sicherheit ausgehen. Die Palästinenser dürfen nicht aus Gaza vertrieben werden,  
340 und es darf keine Wiederbesetzung oder territoriale Reduzierung von Gaza durch  
341 Israel geben. Es braucht eine gemeinsame Perspektive für Gaza und  
342 Westjordanland. Die völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank und die  
343 Annexionen müssen beendet werden. Es darf keine Lösung über die Köpfe der  
344 Palästinenser hinweg geben. Sie müssen den politischen Prozess mitgestalten. Es  
345 ist wichtig, dass sich dabei auch die arabischen Nachbarstaaten gemeinsam für  
346 eine politische Perspektive engagieren.

347 Dieser Prozess braucht aber auch das Ziel von dauerhaftem Frieden und Sicherheit  
348 für alle Menschen in der Region. Nur eine Zweistaatenlösung wird dauerhaften  
349 Frieden bringen, und dazu gehört die Anerkennung eines palästinensischen  
350 Staates. Unser Ziel bleibt eine verhandelte Zweistaatenlösung, bei der der Staat  
351 Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer  
352 Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.

353 Israel und die Palästinenser brauchen die Hilfe der internationalen  
354 Gemeinschaft, um die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, denn der Weg  
355 dahin ist weit. Die EU muss im anstehenden Friedensprozess eine aktive Rolle  
356 spielen und dabei alle Hebel nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Auch im Nahen  
357 Osten gilt: Nur eine starke und geeinte EU kann das nötige diplomatische Gewicht  
358 entwickeln, um wirkungsvoll zu handeln und zum Frieden in Nahost beizutragen.  
359 Wir halten dies für notwendig und sehen dies auch im deutschen Interesse an  
360 einer friedlichen Region und einer völkerrechtsbasierten internationalen  
361 Ordnung. Die Bundesregierung darf hierbei nicht bremsend am Rande stehen,  
362 sondern muss sich konstruktiv für eine gemeinsame europäische Nahostpolitik  
363 einbringen.

364 Deutschland hat sich zurecht entschieden, sicherzustellen, dass keine  
365 Lieferungen von Waffen und Rüstungsgütern an Israel erfolgen, die  
366 völkerrechtswidrig eingesetzt werden könnten. Unbenommen davon muss Deutschland  
367 Israel bei der Verteidigung gegen Bedrohungen, vor allem durch den Iran und  
368 seine Stellvertreter weiter unterstützen, auch durch Lieferung von Waffen und  
369 Rüstungsgütern. Ob deutsche Waffen zur Selbstverteidigung oder zur Vertreibung  
370 der palästinensischen Zivilbevölkerung eingesetzt werden, ist nicht immer leicht  
371 zu überprüfen. Doch wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels  
372 und dem Völkerrecht gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir diese  
373 Differenzierung leisten.

374 Deutschland trägt Verantwortung, seiner humanitären Pflicht in der Region  
375 gerecht zu werden. Vorrang hat der schnelle, sichere und ungehinderte Zugang zu  
376 Hilfsgütern. Unmittelbar dafür notwendig ist der Wiederaufbau funktionierender  
377 UN-Verteilstrukturen in Gaza. Die Sicherheit und Arbeitsfähigkeit humanitärer



378 Akteure sind zu gewährleisten. Humanitäre Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit  
379 und den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit verpflichtet. Besonders  
380 die Kinder in Gaza wie in Israel gehören zu den besonders schwer Leidtragenden.  
381 Diese tief sitzenden Wunden zu sehen und zu heilen, gehört jetzt zu den  
382 besonders dringlichen Aufgaben für all diejenigen, denen an Menschlichkeit,  
383 Aussöhnung und Frieden gelegen ist.

384 Deutschland sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der  
385 Palästinenser weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen praktisch  
386 fördern – durch Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen,  
387 Ausbildung von Verwaltung und Justiz, Förderung demokratischer Prozesse und  
388 wirtschaftlicher Perspektiven. Die israelische Regierung muss in diesem Zuge die  
389 vorenthaltenen Zoll- und Steuereinnahmen der PA freigeben. Eine  
390 Wiederaufbaukonferenz für den Gazastreifen sollte maßgeblich von Deutschland  
391 vorangetrieben werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Bedürfnisse der  
392 Bürger\*innen Gazas im Mittelpunkt stehen - und die Sicherheit Israels gewahrt  
393 wird.

394 Zu einem glaubwürdigen Einsatz für eine Zweistaatenlösung zählen auch Schritte  
395 gegen diejenigen, die ihn gezielt unterlaufen. Die Bundesregierung muss den  
396 Kampf gegen die Terrorgruppen Hamas, Hisbollah und andere djihadistische Gruppen  
397 unterstützen. Der Druck auf das iranische Regime als Treiberin der Bedrohung und  
398 Destabilisierung der gesamten Region muss ausgebaut werden. Wir setzen uns  
399 weiter für die rechtssichere Terrorlistung der iranischen Revolutionsgarden auf  
400 EU-Ebene ein. Es braucht jetzt gezielte Sanktionen gegen gewalttätige Siedler  
401 und die rechtsextremen israelischen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-  
402 Gvir. Hier muss Deutschland seine Blockade im Europäischen Rat endlich aufgeben.

403 Das EU-Assoziationsabkommen enthält starke positive Anreize zur Einhaltung des  
404 Völkerrechts. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische  
405 Prinzipien ist nach Artikel 2 des Abkommens ein essenzieller Bestandteil der  
406 engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir  
407 halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Im Falle der  
408 Nichtumsetzung des Friedensplans können partielle Aussetzungen des Abkommens  
409 erfolgen.

410 Zu einem Friedensprozess gehört auch die rechtliche und politische Aufarbeitung  
411 von Kriegsverbrechen. Deutsche und europäische Nahostpolitik soll aktiv dafür  
412 werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden. Dabei spielt  
413 die internationale Gerichtsbarkeit - insbesondere der Internationale  
414 Strafgerichtshof - eine zentrale Rolle. Für diese Aufarbeitung ist auch die  
415 Medienberichterstattung und der freie Zugang der Presse entscheidend.

416 Doch nicht allein die Politik zählt jetzt. Der Weg zum Frieden braucht den  
417 Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite  
418 der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für  
419 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog einsetzen. Sie spielen eine  
420 Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden. Wir wollen diese  
421 Zivilgesellschaft weiter fördern, in Israel wie in Palästina. Wir stellen uns  
422 deswegen gegen Bestrebungen, Israel oder Palästinenserinnen und Palästinenser  
423 von Sport- oder Kulturveranstaltungen auszuschließen, denn diese Schritte ziehen  
424 die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt diejenigen, die für  
425 Demokratie und Frieden kämpfen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für

426 die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner Bevölkerung vor dem  
427 Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und demokratischen Strukturen  
428 einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die genau diese Werte für einen  
429 palästinensischen Staat wollen.